

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für die Angelegenheiten der
Europäischen Union

Kurzprotokoll der 68. Sitzung (Präsenzsitzung und Videoformat nicht-öffentlich)

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Berlin, den 16. Mai 2024, 08:00 Uhr
Europasaal (PLH 4.900)

Vorsitz: Dr. Anton Hofreiter, MdB

Tagesordnung

Gespräch mit Thierry Breton,
Mitglied der Europäischen Kommission für den
Binnenmarkt, über die Zukunft der
Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union



Mitglieder des Ausschusses

Fraktion/Gruppe	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Andres, Dagmar Baradari, Nezhahat Funke, Fabian Glöckner, Angelika Juratovic, Josip Nürnberger, Jörg Petry, Christian Schäfer (Bochum), Axel Schraps, Johannes Tausend, Claudia Töns, Markus	Coße, Jürgen Fäscher, Ariane Hakverdi, Metin Hellmich, Wolfgang Peick, Jens Post (Minden), Achim Stegner, Dr. Ralf Sthamer, Nadja Vontz, Emily Zorn, Armand
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Kaufmann, Dr. Stefan Klein, Dr. Ottilie Krichbaum, Gunther Kuban, Tilman Ploß, Dr. Christoph Radwan, Alexander Ramsauer, Dr. Peter Santos-Wintz, Catarina dos Seif, Detlef Winkler, Tobias	Abraham, Knut Bury, Yannick Friedrich (Hof), Dr. Hans-Peter Hardt, Jürgen Heilmann, Thomas Helfrich, Mark Lips, Patricia Mayer (Altötting), Stephan Rouenhoff, Stefan Staffler, Katrin Wadephul, Dr. Johann David
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Grützmaker, Sabine Hofreiter, Dr. Anton Kopf, Chantal Mijatović, Boris Pahlke, Julian Sacher, Michael Wagener, Robin	Bacherle, Tobias B. Emmerich, Marcel Grundl, Erhard Kindler, Sven-Christian Nanni, Sara Schäfer, Jamila Strengmann-Kuhn, Dr. Wolfgang
FDP	Adler, Katja Hacker, Thomas Jurisch, Dr. Ann-Veruschka Stockmeier, Konrad Westig, Nicole	Abel, Valentin Cronenberg, Carl-Julius Lambsdorff, Alexander Graf Lieb, Dr. Thorsten Link, Michael Georg Weeser, Sandra
AfD	Haug, Jochen Kleinwächter, Norbert Rothfuß, Dr. Rainer Weyel, Dr. Harald	Boehringer, Peter Glaser, Albrecht Jacobi, Fabian Moosdorf, Matthias
Die Linke	Hennig-Wellsov, Susanne	
BSW	Hunko, Andrej	Dağdelen, Sevim Nastic, Zaklin



Einzigster Tagesordnungspunkt

Gespräch mit Thierry Breton, Mitglied der Europäischen Kommission für den Binnenmarkt, über die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union

Der **Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 1 auf, begrüßt Kommissar Thierry Breton und umreißt das Themenspektrum.

Thierry Breton, Mitglied der Europäischen Kommission (KOM), nennt die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der EU eine zentrale Herausforderung im Hinblick auf die Arbeitsplätze und die Unternehmensergebnisse. Der Mittelstand und die Innovationsfähigkeit seien dabei unverzichtbare Elemente. Es gebe die Wahrnehmung, dass Europa den Anschluss verliere und die Industrie sterbe. Dies sei eine Lesart, die zwar berechtigte Sorgen aufgreife, aber differenzierter betrachtet werden müsse. So werde argumentiert, dass das europäische BIP vor zehn Jahren noch 90 Prozent des US-BIP betragen habe, heute aber nur noch 60 Prozent. Dies entspreche jedoch nicht der Realität, sondern spiegele die Veränderung der Wechselkurse wider. So habe es vor 20 Jahren einen Unterschied von 40 Prozent zwischen Euro und Dollar gegeben. Der richtige Vergleichsmaßstab sei vielmehr die Kaufkraftparität. Die Kaufkraftparität sei im Vergleich zu den USA seit 20 Jahren stabil, obwohl die EU in diesem Zeitraum 13 neue Mitgliedstaaten aufgenommen habe und dafür erhebliche finanzielle Mittel erforderlich gewesen seien. Auch habe die EU ihre Industrie mit minus 22 Prozent CO₂-Emissionen viel schneller dekarbonisiert als die USA mit minus 14. Er wolle den Handlungsbedarf nicht kleinreden, aber bei solchen Vergleichen der industriellen Leistungsfähigkeit müsse man auch vergleichbare Indikatoren verwenden. So habe die Art und Weise, wie die EU auf die Corona-Pandemie in der Industrie, insbesondere in der Gesundheitsindustrie, reagiert habe, gezeigt, dass sie innerhalb weniger Monate zum Weltmarktführer bei der Produktionskapazität im verarbeitenden Gewerbe, in diesem Fall bei mRNA-Impfstoffen, werden könne, wenn sie sich auf europäischer Ebene zusammenschließe. Ein weiteres Beispiel sei, dass die EU nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, erfolgreich zahlreiche Maßnahmen ergriffen habe, um ihre Abhängigkeit von russischem Gas zu verrin-

gern und sich anderweitig auf dem Weltmarkt zu versorgen. Dies zeige, dass Europa den Herausforderungen gewachsen sei, wenn es seine Kräfte und Ressourcen bündle. Dies sei auch die Kernidee des europäischen Projekts. Es gelte, dabei die Führung zu übernehmen und die richtigen Hebel zu finden.

Nun gehe es darum, die Situation für die Industrie weiter zu verbessern. Es müsse Schluss sein mit der Vorstellung eines deindustrialisierten Europas. Die EU brauche Industrie. Die Industriestandorte bräuchten die Nähe zu den Forschungszentren, zu den Verbrauchern. Es gehe nicht um Protektionismus, es gehe nicht darum, alles in Europa zu produzieren, sondern es gehe darum, die Elemente zu erhalten, die es ermöglichten, mit den großen Partnern im Gleichgewicht zu bleiben. Dazu habe die Kommission zunächst den Rechtsrahmen gestärkt, um eigene Produktionskapazitäten aufzubauen. So habe man mit der Verabschiedung des Chip-Gesetzes bereits Erfolge erzielen können. Auch bei der Entwicklung von Netto-Null-Technologien und bei kritischen Rohstoffen habe die EU neue Regeln erlassen. Der industrielle Werkzeugkasten sei erweitert worden und auch die Rolle der Industrieallianzen sei sehr wichtig. Diese ermöglichten es, sektorweise gemeinsame Visionen und Ziele zu definieren und zu prüfen, wie diese Ziele erreicht werden können, z.B. mit Hilfe von IPCEIs (*Important Projects of Common European Interest*). So habe die Kommission gerade eine Milliarde Euro für ein IPCEI zu Cloud-Projekten zur Verfügung gestellt. Die Verteidigungsindustrie sei von entscheidender Bedeutung. Es müsse alles getan werden, um die Produktionskapazitäten in Europa zu erhöhen. Dies sei eine existenzielle Frage. Einige Projekte wie das Instrument zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) und eine Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP) seien bereits realisiert worden. Europa beginne kollektiv zu verstehen, dass seine Zukunft darin liege, in diesem Bereich global und gemeinsam zu handeln. Auch die wirtschaftliche Sicherheit müsse gestärkt werden, um die europäischen Interessen zu wahren. Europa sei ein offener Kontinent und müsse es auch bleiben. Das sei wichtig für die Unternehmen und den Export. Es sei aber eine Aufgabe, die Bedingungen für diese Offenheit zu definieren. Die Politik müsse mit allen zur Verfügung stehen-



den Mitteln dafür sorgen, dass diese Bedingungen eingehalten werden, damit kein unfairer Wettbewerb entstehe, u.a. durch Subventionsuntersuchungen, durch die Anwendung von Regelungen auch über ausländische Subventionen, um gegen Unternehmen vorzugehen, die auf unfaire Weise öffentliche Aufträge in Europa gewinnen. Wichtig sei auch der Grundsatz der Gegenseitigkeit bei der Öffnung der Beschaffungsmärkte, insbesondere in Freihandelsabkommen. Darüber hinaus müsse die EU ihre strategischen Partnerschaften sowohl auf internationaler Ebene als auch innerhalb der EU mit verschiedenen Staaten weiterentwickeln.

Angesichts der doppelten Wende, der mit der ökologischen Transformation und der Digitalisierung verbunden sei, könne die Bedeutung ausreichender Finanzmittel nicht genug betont werden. Für diese Transformation, die bis 2030 abgeschlossen sein müsse, müsse die EU private Investitionen in großem Umfang anziehen. Man wisse, dass es um 650 Mrd. Euro pro Jahr gehe. Hohe Investitionen würden auch für die Stärkung der industriellen Verteidigungsbasis benötigt. Aus diesem Grund habe die Kommission Anfang des Jahres staatliche Beihilfen Deutschlands in Höhe von über 900 Mio. Euro genehmigt, um die Ansiedlung einer Batteriezellenfabrik von Northvolt zu ermöglichen. Andernfalls wäre die Ansiedlung an einem anderen Standort erfolgt, mit den entsprechenden negativen Folgen für die Arbeitsplätze und den Standort EU. Dies zeige, dass man sich nicht nur auf nationale Lösungen oder nationale Ansätze verlassen könne, sondern dass eine europäische Vision und Koordination notwendig seien, um eine Fragmentierung und Gefährdung des Binnenmarktes zu vermeiden. Die Finanzierung sei ein entscheidendes Thema, das in der nächsten Legislaturperiode breit diskutiert werden müsse. Ideen wie die Bereitstellung von Beteiligungsgarantien und die noch stärkere Mobilisierung der Europäischen Investitionsbank müssten näher untersucht werden.

Abg. **Fabian Funke** (SPD) bekräftigt, dass Europa auch in Zukunft eine leistungsfähige Wirtschaft brauche, die in der Lage sei, das zu produzieren, was in der Welt nachgefragt werde; dabei gehe es um die Schlüsseltechnologien der Zukunft. Industrien wie im digitalen Bereich, im Bereich der grünen Transformation, der Mobilität oder der Energie müssten in Europa gehalten werden.

Dafür habe man in den letzten Jahren sehr viel getan, etwa im Bereich der Halbleiterproduktion, die mit entsprechenden Mitteln unterfüttert worden sei. Notwendig seien ein funktionierender, fairer Wettbewerb und eine entsprechende Infrastruktur, vom Straßen- und Schienennetz bis hin zur Energieinfrastruktur, die die Versorgung mit grünem Strom oder Wasserstoff sicherstelle. Dafür seien große Investitionen notwendig. Er wirft die Frage auf, ob die EU zur Finanzierung dieser langfristigen Investitionen nicht mehr und echte Eigenmittel benötige und wie diese Eigenmittel aussehen könnten.

Kommissar Thierry Breton stimmt zu, dass für die nächste Kommission die Klärung der Finanzierungsfrage eine große Herausforderung sei. Die Finanzierungen im Bereich Infrastruktur betreffen die Mobilität, den Transport von Energie, digitale Infrastruktur, Telekommunikationsinfrastruktur und Netzinfrastruktur. Zu Fragen der Infrastruktur für das digitale Europa habe er ein Weißbuch vorgelegt. Die EU benötige bis 2030 mindestens 650 Mrd. Euro jährlich für eine grüne und digitale Transformation. Darüber hinaus seien Investitionen in die Infrastruktur notwendig. Die EU müsse die Produktionskapazitäten im Verteidigungsbereich erhöhen, insbesondere im Rahmen des militärischen Kräftegleichgewichts. Die Finanzierung belaufe sich auf mehrere hundert Mrd. Euro zusätzlich. Dafür gebe es verschiedene Optionen. Er befürworte eine Erhöhung der Eigenmittel. Die Welt habe sich verändert und Europa müsse mehr auf sich gestellt handeln. Man könne sich nicht mehr so sehr auf Partner wie die USA verlassen. Es gebe systemische Rivalen wie China. Das festgelegte Volumen stamme aus einer Zeit, die der heutigen Welt und den neuen Herausforderungen nicht mehr entspreche. Europa und die Mitgliedsstaaten müssten mindestens um 50 Prozent aufstücken. Zu denken sei an verschiedene Lösungsansätze: So sei ein europäischer Staatsfonds vorgeschlagen worden, eine deutlich weitergehende Idee als STEP (*Strategic Technologies for Europe Platform*). Auch sei über die Möglichkeit einer gemeinsamen Verschuldung, wie bei der Bekämpfung der Pandemiefolgen, gesprochen worden, und ob dies auf andere, existenzbedrohende Situationen anwendbar sei. Auch zur Mobilisierung der Europäischen Investitionsbank gebe es eine Reihe von Möglichkeiten, die näher zu untersuchen wären. Diese Finanzierungen müssten auf



europäischer Ebene gefunden werden, um eine weitere Fragmentierung des Binnenmarktes zu vermeiden. Staatliche Beihilfen seien angesprochen worden, aber nicht der einzige Hebel. Notwendig seien eine europäische Sichtweise, eine europäische Dimension, auch bei der Frage der Finanzierung.

Abg. **Gunther Krichbaum** (CDU/CSU) spricht das Thema der modernen Satellitenkommunikation, insbesondere das europäische Satellitenkommunikationsnetz IRIS2, an. Eine moderne Satellitenkommunikation sei unerlässlich, insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitigen Abhängigkeit von den USA. Aus den Erfahrungen mit Covid-19 und dem Krieg, den Russland gegen die Ukraine führe, müsse man lernen, Abhängigkeiten zu überdenken. Deshalb sei die Idee von Präsident Emmanuel Macron wichtig, eine strategische Unabhängigkeit in Europa zu schaffen. Die Satellitenkommunikation und ein funktionierender Datenaustausch seien die Achillesferse der Wirtschaft und der modernen Gesellschaft. Da es in diesem Zusammenhang in letzter Zeit Irritationen, u.a. verursacht durch den Bundeswirtschaftsminister, gegeben habe, bitte er um Darstellung der Pläne, Hintergründe und Notwendigkeiten von IRIS2.

Kommissar Thierry Breton erklärt, dass es sich hierbei um öffentliche Aufträge handele. Es gebe strenge Regeln, die von den europäischen Gesetzgebern festgelegt worden seien. Er wende diese Regeln auf die Beschaffungen an. Hinsichtlich der Regeln könne man sich nicht einmischen. Er betone dies, da die Handlungsfähigkeit an einigen Stellen missverstanden worden sei. Das Projekt selbst sei wichtig und müsse von den Institutionen finanziert werden. Eine sichere Satellitenkommunikation auf zwischenstaatlicher Ebene und im Verteidigungsbereich sei besonders wichtig. Die Verwundbarkeiten habe man während des Krieges in der Ukraine beobachten können. Es würden auch private Dienstleistungen angeboten, so dass es einen Wettbewerb gebe. Ausschreibungen folgten strengen Regeln. Hinsichtlich der Zielerreichung gebe es keinen besonderen Anlass zur Sorge. Der Prozess sei etabliert und transparent, die Ziele mittelfristig erreichbar. Dennoch müsse man schneller vorankommen und gleichzeitig die Verfahren einhalten. Er stehe diesbezüglich mit den Regierungen in Kontakt. Im Verteidigungsbe-

reich sei der Bedarf groß. Der Prozess werde in den nächsten Monaten und Jahren gemäß den gesetzlichen Bestimmungen beschleunigt. Es werde 30 Prozent Start-ups geben, die im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben profitieren werden. Er hoffe, dass das Konsortium mit den vorgesehenen finanziellen Mitteln zustande komme. Die Ambitionen der Industrievertreter seien hoch und müssten wohl angepasst werden. Unabhängige Gutachter hätten die Verfahren überprüft. Man werde sich gemeinsam für eine sichere Kommunikation innerhalb der EU einsetzen. Hinsichtlich der Fristen und des Timings orientiere man sich nicht mehr an geografischen Rückmeldungen, sondern an europäischen. Dies sei ein neuer Rahmen, in dem mit öffentlichen und privaten Mitteln gemeinsam finanziert werde. Er sei überzeugt, dass die Umsetzung gelingen werde.

Abg. **Chantal Kopf** (B90/DG) konstatiert einen in Deutschland noch nie dagewesenen Solarboom. Gleichzeitig bestehe dabei eine massive Abhängigkeit von China, insbesondere bei den Modulen. Sie fragt, wie die europäische Solarindustrie über den *Net-Zero Industry Act* hinaus unterstützt werden könne. Das Innenministerium habe in einem Prüfbericht herausgestellt, dass durch chinesische Technik im deutschen 5G-Netz ein Sicherheitsrisiko bestehe. Sie fragt, wie die Kommission dies bewerte und ob eine EU-weite Strategie notwendig sei, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Kommissar Thierry Breton stimmt in Bezug auf Solarzellen zu. Die EU müsse den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben, insbesondere die Solarenergie leiste dazu einen entscheidenden Beitrag. Die grüne Transformation sei eine existenzielle Frage, aber es sei darauf zu achten, dass keine Arbeitsplätze verlagert würden. Die Umsetzung der grünen Transformation müsse der Industrie nützen, indem sie auch Arbeitsplätze in Europa schaffe. Zwar gebe es eine gut funktionierende Allianz für Solarmodule, aber es gebe trotz der verfügbaren Mittel für den Ausbau der Solarenergie in Europa, aber es gebe aktuell auch eine Überkapazität an Solarmodulen in China. In der Folge könnten europäische Anbieter verdrängt werden, weshalb der Schutz vor unlauterem Wettbewerb intensiviert werden müsse. Dazu habe man bereits die Mittel und mit der Umsetzung begonnen. Bestimmte Ausschreibungen seien gestrichen worden, weil man festgestellt habe,



dass die Gefahr bestehe, dass Akteure auf der Grundlage staatlicher Beihilfen in den Markt drängen und es zu unlauterem Wettbewerb komme. Verschiedene Maßnahmen seien ergriffen worden, um dem entgegenzuwirken. Entscheidend sei, die europäischen Hersteller zu unterstützen. Die EU verfüge über die Mittel und Instrumente, um gegen unlauteren Wettbewerb vorzugehen.

Die EU habe eine Toolbox für 5G-Cybersicherheit, die alle Mitgliedstaaten befürworteten und anwenden müssten, um Hochrisikoanbieter im Auge behalten zu können und die Sicherheit in der EU aufrechtzuerhalten.

Abg. **Katja Adler** (FDP) merkt an, dass die Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit eher instrumentell orientiert gewesen sei. Um die grüne und digitale Transformation voranzutreiben, sei es wichtig, dass die EU dies als eigene wichtige Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit begreife. Die Integration des europäischen Binnenmarktes sei dabei von zentraler Bedeutung. Die Kapitalmarktunion und die digitale Wirtschaft müssten so vorangerieben werden, dass die Regulierung Innovationen und Investitionen nicht abwürge. Der Letta-Bericht habe die Bedeutung der KMU für den europäischen Binnenmarkt hervorgehoben. Sie fragt, was zu tun sei, damit die Vorteile des Binnenmarktes nicht nur den großen Unternehmen, sondern auch den KMUs zugutekämen, wie verhindert werden könne, dass die verbreitete, aber unrealistische Top-Down-Regulierung Innovationen ersticke und wie in den letzten fünf Jahren insbesondere Bürokratie abgebaut worden sei. Die angestrebte Reduzierung der Berichtspflichten um 25 Prozent sei noch nicht erreicht. Sie betont, dass eine gemeinsame Schuldenlast der Mitgliedstaaten in jedem Fall verhindert werden müsse.

Kommissar Thierry Breton stimmt zu, dass besondere Anstrengungen in Bezug auf die KMU unternommen werden müssten. Im Letta-Bericht gehe es auch um die Kapitalmarktunion. Wichtig sei, dass man zu einer gemeinsamen Vorstellung komme. Gerade für den Mittelstand sei Bürokratieabbau entscheidend. Vor 18 Monaten habe man auch darüber gesprochen, jetzt sehe man in Teilen Verbesserungen. Für das Ziel, 25 Prozent der Bürokratie abzubauen, müsse die Kommission vor der Verabschiedung neuer Gesetze Folgenabschätzungen durchführen. Gesetze dürften nur verab-

schiedet werden, wenn sie keine negativen Auswirkungen auf den Mittelstand hätten. Dieser neue Ansatz werde zu positiven Ergebnissen führen. Zur Finanzierung der EU gebe es unterschiedliche Auffassungen. Er setze darauf, dass mehr auf europäischer Ebene getan werde als auf nationaler Ebene. Investitionen in nur einem Staat führten nur zu einer Zersplitterung und seien nicht im Sinne der EU.

Abg. **Dr. Rainer Rothfuß** (AfD) sagt, der Kommissar habe erwähnt, dass die Wirtschaftskraft der EU im Vergleich zu der der USA abgenommen habe, was sich durch Kaufkraftparitäten oder Wechselkursschwankungen erklären lasse. Es sei aber zu beobachten, dass im westlichen Bündnis die Interessen der EU gegenüber den Interessen der USA ins Hintertreffen geraten seien. Er fragt, warum das 2020 ausverhandelte *Common Agreement on Investments* mit China gestoppt worden und ob dies auf Druck der USA zurückzuführen sei. Unstrittig sei, dass die Zusammenarbeit mit China für die EU wichtige Perspektiven biete, weil China ein starker Investitionspartner für europäische, insbesondere deutsche Industrieunternehmen sei und als einer der führenden BRICS-Staaten eine große und nachhaltige Wachstumsdynamik verspreche. Die Perspektive eines stärkeren Engagements sei für die EU wichtig. Eine weitere Frage betreffe die Energieversorgung Deutschlands im Vergleich zu der Frankreichs, das, ebenso wie die USA, nach wie vor Uran aus Russland beziehe. Deutschland habe seine Energieversorgung in Form von billigem Pipeline-Erdgas verloren. Er fragt, ob dies nicht eine Ungleichbehandlung Deutschlands sei und Deutschland nicht ebenso wie Frankreich wieder auf Kernenergie setzen und russisches Uran importieren sollte.

Kommissar Thierry Breton stellt klar, dass es bei der Kaufkraftparität keine Verschlechterung im Verhältnis zu den USA gebe. In Bezug auf China brauche die EU Beziehungen, die zum Ausdruck brächten, dass China Wirtschaftspartner, aber auch ein strategischer und systemischer Rivale sei. Die EU sei nicht in der gleichen Situation wie die USA. Sie wolle auf De-Risking setzen und Bezugsquellen diversifizieren. Was Energie angehe, so habe Frankreich sehr große Uranreserven aus verschiedenen Quellen. Es gehe um De-Risking, um Risikominimierung, ein entscheidendes Element für die Politik, um nicht von einem



Land abhängig zu sein. Das betreffe nicht nur die Kernenergie, sondern auch andere Bereiche. Alle Länder müssten Risiken minimieren.

Abg. **Jörg Cezanne** (Gruppe DIE LINKE) geht auf die Notwendigkeit der Finanzierung der ökologischen Transformation und Digitalisierung ein. Die Investitionen im Privatsektor blieben hinter dem, was wünschenswert und notwendig sei zurück. Er wirft die Frage auf, ob es nicht an der Zeit sei, über die Beihilferegeln der EU neu nachzudenken. In den Verträgen sei ein absoluter Vorrang privater Investitionen festgeschrieben. Enrico Letta habe in seinem Bericht vorgeschlagen, einen Subventionsausgleichsfonds einzurichten. Er fragt, ob der Kommissar dafür sei.

Kommissar Thierry Breton antwortet, die Frage der Investitionen sei entscheidend. Man müsse auch die Ersparnisse, die es in Europa gebe, verfügbar machen. Jährlich flössen 300 Mrd. Euro aus der EU in die USA ab, weil dort höhere Renditen zu erzielen seien. Die EU müsse dafür sorgen, dass diese Ersparnisse für die eigenen Ziele genutzt würden. Die Kapitalmarktunion sei dabei ein zentrales Thema. Andernfalls werde man nicht über die notwendigen Mittel für eine doppelte Wende verfügen, die nicht allein mit staatlichen Beihilfen erreicht werden könne. Staatliche Beihilfen könnten nur ein ergänzendes Element sein und sollten immer auf europäischer statt auf nationaler Ebene erfolgen, um Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten innerhalb des Binnenmarktes zu vermeiden. Der Letta-Bericht habe einige Ansätze geliefert, der Draghi-Bericht werde dies ebenfalls tun.

Abg. **Markus Töns** (SPD) sagt, ein Finanzierungsplan für einen *Made-in-Europe*-Industrie-Plan sei angesichts der Herausforderungen der Transformation sei eine gute Idee. Die EU strebe eine klimaneutrale Industrie an, gleichzeitig gebe es eine Überproduktion in China und Europa müsse sich vor systemischen Konkurrenten schützen, damit es nicht zu einem Ausverkauf der Chancen komme. Er fragt nach Details des Vorschlages.

Kommissar Thierry Breton bestätigt die Bedeutung des Themas. Es müsse nicht alles in Europa produziert werden. Wichtig sei die richtige Balance. Europa sollte das produzieren, worin man gut sei. In Bezug auf die Produktion von Halbleitern habe man einen Weg gefunden, priva-

tes und öffentliches Geld zu mobilisieren und entsprechende Investitionen ins Land geholt. Insgesamt würden 100 Mrd. Euro investiert. Durch begleitende Maßnahmen sei es gelungen, eine Situation, die für die Existenz Europas gefährlich zu werden drohte, auszugleichen. Es gehe um Lösungen im Einzelfall. Viele Sektoren seien tabu, aber wichtig für die Infrastruktur und die Wertschöpfung. Der Letta-Bericht rege u.a. einen europäischen Staatsfonds an, der nicht systematisch, sondern flankierend für bestimmte Projekte im Verteidigungsbereich einspringen könnte. So sei es gelungen, mit einer Kofinanzierung Produktionskapazitäten für Munition in Europa zu steigern. Branche für Branche müsse der neuen geopolitischen Situation angepasst werden. Bei den Resilienzkriterien und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gelte es, diese Aspekte im Auge zu behalten.

Abg. **Tilman Kuban** (CDU/CSU) geht auf die Erhöhung der Zölle der USA gegenüber China im Bereich der Automobilindustrie ein. Deutsche Automobilhersteller seien besorgt, dass dies Auswirkungen auf den hiesigen Markt haben könnte. Er fragt, ob die Untersuchung zum Dumping in Bezug auf chinesische Elektrofahrzeuge ausreichend sei. Der Markt für Solarpaneele habe gezeigt, wie Anbieter aus dem Markt gedrängt worden seien. Im Gegensatz zur Förderpolitik der Europäischen Kommission, z.B. über die IPCEIs, setzten die USA auf Steuersenkungen und Abschreibungen. Zwar seien Steuersenkungen im europäischen Kontext nicht einfach und fielen in die nationale Kompetenz, dennoch stelle er sich angesichts des bürokratischen Aufwands, der mit dem europäischen Ansatz einhergehe, die Frage, ob dies der richtige Weg sei oder ob man in der nächsten europäischen Legislaturperiode nicht grundsätzlich anders darüber nachdenken müsse.

Kommissar Thierry Breton stimmt zu, dass die Vorgänge in den USA, insbesondere die Zölle auf Elektroautos, auch in Europa diskutiert werden müssten, da sie unmittelbare Auswirkungen hätten. Präsident Biden habe Zölle von 100 Prozent auf chinesische Elektroautos angekündigt. Die USA importierten jedoch im Vergleich zu Europa sehr wenige Elektrofahrzeuge. Es sei also eher eine politische Entscheidung. Die USA hätten auch angekündigt, die Zölle auf Halbleiter auf 50 Prozent zu erhöhen. Das bedeute, dass weniger



Halbleiter aus China in die USA und mehr nach Europa exportiert würden. All diese Fragen müssten auf europäischer Ebene diskutiert und gemeinsam beantwortet werden. Zu Details laufender Verfahren könne er sich nicht äußern, dafür sei Vizepräsident Dombrovskis zuständig. Was den Bürokratieaufwand angehe, stimme er mit der Kritik überein. Man müsse die Unternehmen vor der Bürokratie schützen. Dieser Prozess sei eingeleitet und müsse in der nächsten Amtsperiode beschleunigt werden. Branchen wie die Automobilindustrie, die derzeit große Sorgen bereite, müssten bei den anstehenden Veränderungen berücksichtigt werden. Auch der Mittelstand sei wichtig.

Abg. **Chantal Kopf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, neben vielen wichtigen industriepolitischen Maßnahmen sei es für Europa unabdingbar, bei Innovation und Forschung ganz vorne zu stehen. Deshalb müsse das Horizon-Programm gut ausgestattet sein und mehr Technologietransfer sei notwendig. Sie fragt, welche Schwerpunkte diesbezüglich anstünden und was die Kommission von Deutschland erwarte.

Kommissar Thierry Breton stimmt der Bedeutung von Innovation und Forschung zu. Europa tue viel und müsse dies fortsetzen. Wichtig seien z.B. die Anwendungen im Bereich der Quantentechnologie, wo man stark auf Innovation setze. Bestehende Projekte müssten beschleunigt werden. Gleiches gelte für Anwendungen bei der Künstlichen Intelligenz. Die Kommission habe eine Verordnung geschaffen, die Investitionen in diese Bereiche ermögliche. Die EU sollte sich auf die Zukunftsmärkte konzentrieren, auch im Bereich der Energie. Einige Mitgliedstaaten arbeiteten mit sauberer Kernenergie, aber auch in anderen Bereichen gebe es innovative Vorschläge. Ein Beispiel sei *GreenTech* und eine intelligente Forstwirtschaft. Viele Projekte könnten weitergeführt, unterstützt und beschleunigt werden mit dem Ziel der digitalen Transformation.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP) warnt vor Aktionismus. Man müsse nicht auf jeden fahrenden Zug aufspringen. Er sei überzeugt, dass mittel- bis langfristig Chinas Aktivitäten, etwa im Bereich der Solarindustrie, nicht nachhaltig seien. Einige Unternehmen in China brächen aufgrund von

Überkapazitäten nahezu zusammen. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass man auf die Zollstreitigkeiten zwischen den USA und China mit großer Vorsicht und nicht vorschnell mit eigenen Zöllen reagieren dürfe, die auch Produkte n der EU verteuern könnten. Er fragt nach einer diesbezüglichen Einschätzung und welche Impulse die EU in Richtung Freihandel setzen könne.

Kommissar Thierry Breton pflichtet bei, dass der Freihandel entscheidend zum Wohlstand beitrage und ein wichtiger Faktor insbesondere für die Exportwirtschaft sei. Die Exportfähigkeit der europäischen Wirtschaft müsse erhalten bleiben. In Bezug auf die chinesische Solarindustrie stimme er zu, dass diese überhitzt sei. Er habe bereits darauf hingewiesen, dass Untersuchungen eingeleitet würden, wenn chinesische Unternehmen auf den Markt drängten, die den Wettbewerb verzerrten, weil sie von ungerechtfertigten Subventionen in China profitierten. Er sei nicht für die Handelspolitik zuständig, aber im Rahmen seiner Zuständigkeit nutze er die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente, um den freien Wettbewerb zu schützen. In vielen Bereichen sei der Wettbewerb verzerrt, und er sowie seine Dienststellen reagierten umgehend und setzten die vorhandenen Instrumente zum Schutz des Wettbewerbs ein. Er stimme zu, dass man beim Thema Zölle auch mögliche Folgen antizipieren müsse um die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Vorsitzender Dr. Hofreiter merkt an, es sei von großer Bedeutung, dass Europa seine Industrie behalte und wirtschaftlich stark bleibe. Es gehe nicht nur um Wohlstand, sondern auch um die Verteidigung der Freiheit. In diesen gefährlichen geopolitischen Zeiten könne Europa seine Freiheit nur verteidigen, wenn es über ausreichende Ressourcen verfüge, zu denen eine funktionierende Industrie einschließlich der Schwerindustrie gehöre. Er schließt den Tagesordnungspunkt und die Sitzung.



Schluss der Sitzung: 09:03 Uhr

Dr. Anton Hofreiter, MdB
Vorsitzender